**Gruppe A: Die freie Marktwirtschaft**



Einer der bekanntesten Vertreter der freien Marktwirtschaft war der Engländer Adam Smith (1723 – 1790). Er ging von folgenden Überlegungen aus: Wirtschaftlicher Erfolg entsteht nicht durch Nächstenliebe, sondern beruht nur auf Egoismus. Jeder Mensch sucht immer nur seinen eigenen Vorteil: Oberstes Ziel aller wirtschaftlichen Handlungen ist die Gewinnmaximierung: Die Unternehmer wollen möglichst hohen Gewinn, die Arbeitnehmer hohe Löhne. Das Durchsetzen der Einzelinteressen, führt jedoch zum Vorteil für alle. Solange der einzelne Unternehmer seine Waren mit Gewinn verkaufen kann, werden alle mit Gütern versorgt.

Der Staat greift nicht in das Wirtschaftsgeschehen ein, er hat laut Smith nur drei Aufgabenbereiche:

* Verteidigung des Landes nach außen
* Sicherheit im Inneren und Einrichtung von Gerichten
* Aufgaben erfüllen, die der Einzelne nicht erfüllen kann (Straßenbau, Schulen).

Der Einzelne kann also weitgehend selbstständig ohne staatliche Eingriffe planen und entscheiden. Der Unternehmer entscheidet allein aufgrund seiner Einschätzung der Nachfrage, was, wo und wie viel er produziert. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass ihm die Maschinen (Produktionsmittel / Kapital) gehören. Jeder kann überall einen Betrieb oder ein Geschäft eröffnen, das nennt man Gewerbefreiheit. Dies führt zu Wettbewerb und größerer Auswahl. Die Entscheidung, was und wie viel gekauft wird, liegt ausschließlich bei den Käufern. Die Preise bilden sich durch Angebot und Nachfrage. Da ein Unternehmer seinen Gewinn steigen will, wird es versuchen, seinen Umsatz durch Wettbewerbsvorteile (z. B. neue Produkte oder andere Qualität) zu steigern. Dies wiederum steigert den technischen Fortschritt. Allerdings kann der Wettbewerb auch dazu führen, dass kleinere Unternehmen in den Konkurs getrieben werden und sich Monopolunternehmen (nur ein Anbieter) bilden.

Der Arbeitnehmer ist auf seinen Lohn als Lebensgrundlage angewiesen. Da die Löhne jeweils mit dem Unternehmer ausgehandelt werden, kann dieser seine Machtposition ausnutzen und die Löhne unter das Existenzminimum drücken, um die Kosten zu senken. Da der Staat nicht in das Wirtschaftsgeschehen eingreift, gibt es auch kein Arbeitsschutzgesetz, Kündigungsschutz oder soziale Absicherung bei Alter und Krankheit. Arbeitsunfälle und Kinderarbeit sind häufige Folgen.

Viele Elemente dieser Wirtschaftsordnung waren in den Volkswirtschaften im 19. Und zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Industrialisierung zu finden zum Nachteil der Arbeiter.

**Gruppe B: Die Zentralverwaltungswirtschaft**



Aufgrund der negativen wirtschaftlichen Zustände des 19. Jahrhunderts (Arbeiterelend) entwickelten Karl Marx und Friedrich Engels eine sozialistische Gesellschaftstheorie. Sie wurde zur Grundlage einer Wirtschaftsordnung, nämlich der Zentralverwaltungswirtschaft (Planwirtschaft). Marx und Engels begründeten ihre Theorie damit, dass die in der freien Marktwirtschaft gewährten Freiheiten dazu missbraucht werden, den Wettbewerb einzuschränken und die wirtschaftlich Schwächeren auszubeuten. Um den Egoismus des Einzelnen einzuschränken, soll der Staat die Wirtschaft lenken.

Die Produktionsmittel (Maschinen) gehören allen, d. h. sie sind Genossenschafts- oder Staatseigentum, um die Ausbeutung Schwächerer zu vermeiden. Ziel des Wirtschaftens ist die Planerfüllung. Da die Unternehmen Staatseigentum sind, gibt es keinen einzelnen Unternehmer, der für sich plant. Der Staat als zentrale Planungsinstanz schreibt letztlich vor, was in welchen Mengen, wie und wann von den Unternehmen zu produzieren ist. Grundlage des Wirtschaftens ist immer die Planerfüllung. Der Staat entscheidet wie Güter und Dienstleistungen an die Konsumenten verteilt werden sollen und gibt die Höhe der Löhne und Einkommen und der Preise vor. Durch die zentrale Wirtschaftsplanung lassen sich Wirtschaftskrisen, wie z. B. Massenarbeitslosigkeit, vermeiden und Chancengleich-heit herstellen. Durch eine staatliche Konzentration auf bestimmte Wirtschaftszweige (z. B. Grundstoffindustrie) kann eine gezielte Entwicklung erfolgen und die Produktion „überflüssiger“ Güter vermieden werden.

Den Vorteilen der Zentralverwaltungswirtschaft stehen aber gravierende Nachteile gegenüber. Die Fehlplanungen führen häufig zu Engpässen bei Rohstoffen und Fertigprodukten, Konsumgüter werden knapp. Da jeder sein Einkommen unabhängig von der Leistung und den Kosten erhält, fehlt es an Kostenbewusstseins und es kommt selbst bei knappen Rohstoffen zu Verschwendung. Versorgungsengpässe führen in Teilen der Bevölkerung zu mangelndem Leistungswillen und niedriger Produktivität. Es kommt zur Misswirtschaft.

Die Nachteile der Zentralverwaltungswirtschaft führen dazu, dass viele ehemalig kommunistischen Staaten sich der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung anpassten, z. B: China